

Pressemitteilung, 16.12.2003

Kampagne gegen Sicherheitsdienst Arndt: Raus aus dem Abschiebelager!

Arndt: Wir haben als Unternehmen Verantwortung für das Miteinander in der Gesellschaft und treten „aktiv für die gleichen Rechte und Chancen für Frauen und Männer, für deutsche und ausländische Mitbürger“ ein

Am morgigen Mittwoch, den 17.12.2003 startet res publica zusammen mit der bundesweiten Kampagne gegen Abschiebungen, Abschiebehäft und Abschiebelager eine Kampagne gegen den Sicherheitsdienst Arndt. Denn der Sicherheitsdienst Arndt mit Sitz in Fürth, München, Würzburg, Leipzig, Dresden und anderen Städten ist zentraler Bestandteil in der Zermürbetaktik des Abschiebelagers Fürth. Die Arndt-Mitarbeiter sind verantwortlich für einen Grossteil der alltäglichen Schikanen im Lager, die die betroffenen Flüchtlinge zur widerstandslosen, sog. freiwilligen Ausreise zwingen sollen. Sie besetzen nicht nur die Pforte des Abschiebelagers. Sie öffnen per Druckknopf das Drehkreuz am Eingang des Lagers, weisen BesucherInnen ab, protokollieren minutiös, welcher Flüchtling wann das Lager verlässt oder betritt, geben täglich die Lebensmittelpakete aus, um die Anwesenheit der Insassen sicherzustellen, machen Überwachungsrundgänge durch das Lager und rufen regelmäßig die Polizei, wenn sich die Flüchtlinge nicht so verhalten wie gewünscht.

Die Arndt-Mitarbeiter unterstützen dadurch ein repressives System, das die Menschenwürde und die Menschenrechte der Insassen des Fürther „Ausreisezentrums“ verletzt. Sie tragen zur Beugung des Willens von Flüchtlingen bei, die aufgrund der rigiden Asylgesetzgebung und -verfahren nicht als schutzwürdig anerkannt wurden und aufgrund fehlender Papiere nicht abgeschoben werden können. Die Opfer sind Menschen wie Viktor Gusselnikov, der als verfolgter Angehöriger der russischen Minderheit in Estland nach Deutschland flüchtete. Da sich sowohl Estland als auch Russland weigern, ihn als ihren Staatsangehörigen anzuerkennen, wurde er unter dem Vorwurf der Identitätsverschleierung ins Abschiebelager Fürth eingewiesen, wo er akut selbstmordgefährdet und von Angstzuständen und Panikattacken gepeinigt ausharrt, obwohl sein abgelaufener sowjetischer Pass den Behörden vorliegt (wir berichteten).

Da der Einsatz des Arndt-Mitarbeiter auch dem Selbstverständnis der Arndt-Gruppe widerspricht, gerät das Unternehmen ins Visier von Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen. Denn entgegen der Selbstdarstellung des Unternehmens, wonach es sich verantwortlich „für das Miteinander in der Gesellschaft“ sieht und deshalb „aktiv für die gleichen Rechte und Chancen für Frauen und Männer, für deutsche und ausländische Mitbürger“ eintritt (s. www.arndt-gruppe.de/wir_ueber_uns/engagement.html), trägt es durch seinen Einsatz im Abschiebelager Fürth zur Zermürbung von Menschen und ihrer gezielten Ausgrenzung aus der Gesellschaft bei.

Das ursprüngliche „Ausreisezentren“-Konzept des Bayerischen Innenministeriums ruht auf drei Säulen: (1) regelmäßige Verhöre durch MitarbeiterInnen der Regierung von Mittelfranken, (2) Bewachung durch den Sicherheitsdienst Arndt und (3) psycho-soziale Betreuung durch Wohlfahrtsverbände. Letztere konnte durch die enge Zusammenarbeit von res publica mit den bayerischen Wohlfahrtsverbänden bereits verhindert werden. Sollte auch der Sicherheitsdienst Arndt aufgeben, steht das Abschiebelager-Konzept vor dem Aus und Innenminister Beckstein kann das Lager endgültig schließen, so die Einschätzung von res publica.

Deshalb haben res publica und die bundesweite Kampagne gegen Abschiebungen, Abschiebehäft und Abschiebelager für die kommenden Wochen verschiedene Aktionen geplant, um die Arndt-Gruppe dazu zu bewegen, den Dienst im Abschiebelager Fürth zu quittieren. Den Anfang machen ein offener Brief an die Unternehmensleitung des Sicherheitsdiensts Arndt (s. Anhang) mit der Forderung, dem menschenunwürdigen und menschenrechtswidrigen Abschiebelager in Fürth durch den Abzug ihrer Mitarbeiter die Unterstützung zu entziehen. Zeitgleich werden AktivistInnen an mehreren Unternehmensstandorten Flugblätter an die MitarbeiterInnen verteilen, um das Thema in das Unternehmen zu tragen. „Wir gehen davon aus, dass die Arndt-Gruppe für die jährlichen 180 000 Euro, die ihr der Einsatz im ‚Ausreisezentrum‘ Fürth einbringt, nicht bereit ist, die Aufträge ihrer weiteren Kunden zu riskieren“, meint Alexander Thal von res publica zu den Erfolgchancen der Kampagne.

Für weitere Informationen zu Ausreisezentren besuchen Sie bitte die Dokumentationsseite Ausreisezentren unter <http://www.ausreisezentren.de>

Für Rückfragen und Interviewwünsche wenden Sie sich bitte an:
Alexander Thal res publica 089 – 26 02 52 99